

[Home](#) > [Hamburg & Region](#) > [Lüneburg](#)

[zurück zu Nachrichten Lüneburg](#)



Streit um Speicher: "Mädge degradiert Rat zur Staffage"

Von Carolin George

Lüneburg - Sauer über die Informationspolitik der Stadtverwaltung zeigten sich Mitglieder des Lüneburger Bauausschusses bei ihrer Sitzung am Montagnachmittag. "Wie eine Marionette" fühlt sich die FDP-Fraktionsvorsitzende Birte Schellmann. Hintergrund: Die Verwaltung hatte die Presse vor der Politik von den neuen Plänen für die ehemalige Standortverwaltung (Stov) informiert.

Wie berichtet, liegen jetzt Pläne vor, zwei der alten Speicher zu erhalten und sowohl Lebenshilfe, Privatschule, Orthopädiebetrieb und Kulturzentrum als auch Gewerbeflächen, Büros und Wohnungen auf dem Gelände anzusiedeln.

Mehr zum Artikel

Politik nicht Handlanger der Verwaltung

"Es hat mir nicht gefallen, das aus der Zeitung zu erfahren", sagte Max Kroll (CDU). Es sei auch nicht das erste Mal, dass so etwas passiere. "Wir fühlen uns wie Marionetten", so Birte Schellmann (FDP), "als bräuchte man uns gar nicht." Bei den Haushaltsplanberatungen sei das ähnlich gelaufen. "Wenn alles vorher besprochen ist, brauchen wir keine Politik mehr zu machen."

Den nicht anwesenden Oberbürgermeister Ulrich Mädge (SPD) griff der Grünen-Fraktionschef Andreas Meihies an: "Der OB degradiert den Rat immer wieder zu Statisten. Dieser Fall ist ein weiteres Beispiel dafür, dass wir nicht gefragt sind. Ich fühle mich übergangen." Bereits zuvor hatte Meihies gegenüber der Lüneburger Rundschau gesagt: "Der Rat ist anscheinend nur Staffage, anscheinend egal. Mädge bricht zum wiederholten Male sein Wort, kooperativer mit dem Rat umzugehen."

Nach Informationen der Lüneburger Rundschau liegt das Angebot des an den Plänen beteiligten Architekten bereits seit Monaten vor, der Oberbürgermeister selbst hatte bislang um Stillschweigen über das Projekt gebeten. Bis er Stadtbaurätin Heike Gundermann durch eine Lokalzeitung die Pläne berichten und einen Tag später die Pressestelle eine Mitteilung an die Medien schicken ließ.

Die Lüneburger Rundschau hat Mädge um eine Stellungnahme zu den von den Politikern erhobenen Vorwürfen gebeten. Seine Antwort: "Nach dem Presserecht ist die Verwaltung verpflichtet, bei Medienanfragen Auskunft zu geben, so auch in diesem Fall. Wir haben schließlich eine Informationspflicht. Wenn ich die Berichterstattung des Hamburger Abendblattes aus den vergangenen vier Wochen betrachte, dann sehe ich ein Wettrennen einiger populistischer Ratsmitglieder, die vertrauliche Unterlagen der Verwaltung zum Hamburger Abendblatt tragen, um sich damit öffentlich in der Zeitung zu profilieren. Dadurch sind wir oftmals leider nicht in der Lage, die Ratsmitglieder rechtzeitig zu informieren."

erschienen am 19. November 2008